

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

208 (29.7.1919) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Verlagspreis:
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert monatlich
1.00 Mk., vierteljährlich
3.00 Mk., halbjährlich
5.70 Mk., an den Ausnahmestellen ab-
geholt monatlich 1.50 Mk.
Abwärts durch die
Post bezogen in
Deutschland 1.50 Mk., Ein-
selnummer 10 Pf.

Verlagsschriftleitung
und Geschäftsstelle
Mitterstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
die sechs Anzeigen-
zeile oder deren Raum
25 Pf., vierzeile 1.00 Mk.
auf diese Preise
30% Ermäßigung bei
Abgabe nach Tarif.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
Heimere Anzeigen
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechnummer:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 20 n. 894.

Verantwortlich für den Inhalt: Martin Göttinger; für Baden, Solfas und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Heilbronn: Carl Seifemeyer; für Inverate Paul Ruhmann. Druck und Verlag: C. K. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Breitenstraße 65/66. Telem.-Amt Umland 2002. Für unerreichte Manuskripte oder Druckfäulen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 208.

Dienstag, den 29. Juli 1919

Erstes Blatt.

Der Staatsgerichtshof.

V. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns telegraphisch:

Mit aller Eile drängt die Zeit nach Aufklärung über die Vorgänge und schweren Fehler, die das fürchterliche Unglück verschuldet haben, das über uns hereingebrochen ist. Alle Bedenken und Mahnungen, nicht wieder die Leidenschaften durch schmerzliche Rückschau aufzuwachen und dafür tatkräftig an die Lösung der unheimlichen Gegenwartsaufgaben heranzugehen, werden jetzt durch das gebieterische Verlangen nach Klärung überwunden. Es soll aber noch einmal festgestellt werden, daß diese Forderungen in letzter Zeit wesentlich verstärkt worden sind durch die maßlosen Angriffe, die von den Reichsparteien gegen die Männer der neuen Regierung wegen ihrer Haltung in der Friedensfrage gerichtet worden sind.

Die große Entschuldigungsrede Erzbergers, die bei allen Vätern und Einseitigkeiten doch viele der alte Regierung schwer belastende neue Tatsachen bringt, ist am Freitag eben gehalten worden zur Selbstverteidigung der Regierung, die von der konservativen Opposition vor dem Volke mit der ganzen Verantwortung für das nationale Unglück belastet werden sollte. Mit vollem Recht wurde die Fortsetzung der großen politischen Aussprache darum gestern mit der Besprechung des Entwurfs über den Staatsgerichtshof verbunden. Die Begründung gab der Minister des Innern Dr. David. Er wandte sich gegen den von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gegenentwurf, der sich auf einen Untersuchungsausschuß von Historikern und Juristen beschränkt. Die deutschen Gelehrten haben allerdings ganz ungenügende Beweise politischer Urteilslosigkeit geliefert, was man ihnen auch die Mildeverhältnisse eines heißen Patriotismus voll anrechnen. Der Regierungsentwurf, der eine parlamentarische Voruntersuchung und dann einen außerparlamentarischen Staatsgerichtshof vorsieht, bietet allerdings die denbar beste Garantie zur Objektivität. Verschiedene Staatsmänner wie Bethmann Hollweg und Jagow haben auch einen Staatsgerichtshof für sich selbst gefordert. Ein solcher wird ferner eine Gegenkontrolle zu einem Entschuldigungsgericht über die Kriegsschuld ausüben können. Minister Dr. David kündete auch schon gestern als notwendige Voraussetzung für eine gründliche Untersuchung die Veröffentlichung der Dokumente über Kriegsausbruch und Waffenstillstand an.

Von außerordentlichem Interesse war dann die Rede des Demokraten, Herrn Gothein, die den Herren der Rechten eine peinliche Ueberzeugung bereitet haben dürfte. Zwar wendete er sich gegen Haase, der der demokratischen Fraktion in der Frage der Friedensunterzeichnung Zweideutigkeit vorgeworfen hatte, und betonte, daß die Fraktion vor jedem Standpunkt Respekt gehabt, aber in der Mehrheit die Folgen der Ablehnung damals doch für das kleinere Übel gehalten habe. Vor allem aber war die Rede eine rückhaltlose Abrechnung mit dem alten Regime, dem Militarismus, der Vaterlandspartei. Er verurteilt die Sünden und schweren Mängel der jetzigen Regierung nicht, aber die Unordnung der Revolution hatte ihre Wurzeln in der Unordnung des Krieges. Und damit ging der Redner ausführlich auf das empörende Verhalten der alten Militärpartei und die ungläublichen Unterlassungssünden der alten Minister ein, wie sie nicht nur durch die Enthüllungen Erzbergers, sondern auch durch die Antworten Ludendorffs, Michaelis und anderer offenbar werden. Solche einschneidenden Fehler, wie sie Michaelis in der Behandlung der vatikanischen Friedensvermittlung auf jeden Fall begangen hat, könne man keinem verantwortungsvollen Politiker der Revolution vorwerfen. Sei nicht auch das Verhalten der damals wirklich regierenden Männer der Deutschfraktion gegenüber ebenso verblendet gewesen wie die Selbsttäuschung und später die Täuschung über die Wirkung des U-Bootkrieges? Ganz merkwürdig waren die Worte des demokratischen Fraktionsredners gestern sehr viel schärfer nach links gefolgt als in der letzten Zeit. Herr Gothein fand denn auch sehr gute Sätze zur Brandmarkung des Streikverbrechens der Kohlenbergarbeiter, dessen ganzen Folgen die Bevölkerung erst im Winter zu tragen haben werde.

Nach ihm nahm der Außenminister Müller das Wort. Er erklärte klipp und klar, daß alle deutschen Truppen aus dem Baltikum zurückgezogen und alle Verbände aufgelöst werden. Wenn einzelne Offiziere dagegen handeln, gehören sie vor ein Kriegsgericht. Darauf verlas der Minister aus dem demnach zu veröffentlichten Dokumenten Aufzeichnungen des Herrn von dem Busche und vor allem Stellen aus einem Schriftwechsel zwischen dem Prinzen Max von Baden und Ludendorff, aus denen hervorgeht, daß die militärische Lage im Oktober 1918 zu einem unvermeidlichen Waffenstillstand zwang. Die Frage des vatikanischen Vermittlungsversuches 1917 wird Gegenstand eines deutschen Weißbuches werden. Der Minister teilte aber gestern schon den Text des vielbesprochenen Schriftstückes mit, der allerdings nur beweist, daß die belagerte Frage wirklich den Kern-

punkt aller Friedensmöglichkeiten bildete. Der vatikanische Vermittlungsversuch mußte aber ebenso wie der kürzlich von Michaelis angebotene spanische Versuch an der schroffen Haltung scheitern, wie sie in dem Kronrat vom 11. September 1917 zum Ausdruck gelangt ist. Ganz besonders unterstrich der Minister weiter die Tatsache, daß damals der Minister des Meubers

Eine Erklärung Kühlmanns.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. Juli. Die „N. N. am Mittag“ schreibt: Auf eine Anfrage bei Herrn v. Kühlmann, ob er zu den Neuerungen des Generals Ludendorff feierliche Stellung nehmen wolle, antwortete von Kühlmann mit der folgenden Erklärung:

„Das verantwortliche Reichsministerium ist meiner Ansicht nach aufständisch, was über wichtige diplomatische Vorkänge in der letzten Zeit veröffentlicht werden kann. Ich persönlich halte mich der Publikation über vertrauliche Vorkänge während meiner Amtszeit ohne Ermächtigung des Auswärtigen Ministeriums nicht für befugt, glaube auch, daß der Nutzen für unsere Politik beeinträchtigt werden muß. Eine wirkliche Klärung wird nur wohl möglich sein durch ein Verfahren, wie das vor dem Staatsgerichtshof angeht, bei welchem an Hand des gesamten Materials die politischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang abgeklärt werden können.“

Äußerungen Painlevés und Ribots.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 28. Juli. (Gagos.) An einer Unterredung erinnerte Painlevé den Berichterstatter des „Echo de Paris“ daran, daß er am 18. November 1917 die Präsidentschaft des Ministeriums übernommen habe. Er erklärte nicht zu wissen von einem angeblichen Vorhaben Englands, dem Frankreich beizustehen wäre und darauf Erzberger in der Nationalversammlung anspielte. Er fügte hinzu, daß es sich wohl um ein dem Memorandum handle, das in dem Bericht des Schreibens des H. Stuhls vom britischen Gesandten beim Vatikan, der mit der Vertretung Frankreichs beauftragt war, übergeben wurde. Er erklärte, er sei überdies überzeugt davon, daß Ribot niemals den Auftrag erteilt habe, solche Vorläufe zu machen. Ribot, der früher ausgetraut wurde, hielt dafür, daß der englischen Regierung obliege, zu erklären, und sagte: Wir haben dem H. Stuhl durch die Vermittlung Englands nur die von Ribot im April 1917 unterzeichnete Friedensvermittlung beauftragt. Ribot führte aus, daß der Wunsch von München v. Casarici beauftragt war, an den Kanzler zu schreiben, die englische Regierung, welche die Gefahr bemerkte, ihrem Gesandten vor, wie er sich zu verhalten habe. Ribot bemerkte ferner, daß er der englischen Regierung geraten habe, sich nicht in einen direkten Verkehr einzulassen.

Graf Czernin zu Erzbergers Enthüllungen.

Wien, 28. Juli. (Privattelegramm.) Der Correspondent Wilhelm ist vom Grafen Czernin folgendes Telegramm ausgegangen:
Grundsee, 27. Juli, nachmittags 4.10 Uhr. Um zahlreichen Anfragen der Presse nachzugehen, bitte ich um Veröffentlichung folgender Zeilen:
Soweit ich aus den Vorkängen der Presse es beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorkänge. Viele, ungenügende wichtige Vorkänge sind gar nicht erwähnt und dadurch entsteht ein falsches Gesamtbild. Was meinen von Erzberger erwähnte Bericht vom April 1917 anlangt, in welchem ich für eine Wendung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte eintrat, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die beabsichtigte Hoffnung, auf einen Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern, zu gelangen. Von einer nichtverantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Herrn Erzberger übergeben, welcher denselben nicht abheftete. Ich muß aber ausdrücklich konstatieren, daß Erzberger bona fide gehandelt hat und der begründeten Auffassung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, wenn er die streng geheimen Tatsachen preisgab. Der Inhalt des Berichts kam durch das Vorangehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Gelehrten. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Ribot ist daher, soweit sie mir bekannt ist, völlig richtig. Im übrigen könnte ich die Darstellung, welche in meinem Bericht durch Dokumente bewiesen, welche in meinem Besitz sind, ich erfuhr von der Uebergabe meines Berichts an Erzberger erst, als es spät war. Die vom Grafen Ribot erzählten Tatsachen sind aber nur Glieder einer anderen Kette und unter Umständen Nebenobjekt. deren Gänge ich erst im Nachhinein ermittelte und welche meine Demission veranlaßten. Mein demnach über den Weltkrieg erscheinendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über diese politische Vorkänge bringen und, gestützt auf Dokumente, die Wahrheit beweisen.

Nach der Ratifizierung.

Zur Uebergabe der preussischen Provinzen an Polen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. Juli. Die „Deutsche Allg. Zeita.“ schreibt u. a.:
In Thorn haben in den letzten Tagen Besprechungen wegen der Uebergabe der von Polen kommenden preussischen Provinzen stattgefunden. Dabei wurden u. a. folgende Bestimmungen getroffen: Die Militärfunktion wird in den deutschen Provinzen sofort eingestellt werden, und zwar werden

von der Obersten Heeresleitung über wichtige Vorgänge nicht auf dem Laufenden gehalten wurde und daß die Führer der Reichstagsfraktionen eine ihnen versprochene klare Regierungserklärung über Belgien niemals erhalten haben. Später ging er auf die Uebergriffe der französischen Soldaten im besetzten Gebiet über. Die schärfste Beurteilung müßte aber auch eine

sechs Nachtrage einbezogen werden. Die Franzosen, die noch zwei Jahre lang das Recht haben, für Deutschland zu agitieren, einbezogen werden, sieht noch offen. Die deutsche militärische Dienstzeit und die deutschen Dienstverhältnisse werden anerkannt. In der benachbarten Tschechoslowakischen Republik ist für Böden und Wälder die Aushebung von fünf Nachtragen gefordert worden. Sie wird mit Strenge durchgeführt trotz des offenen Widerstandes, der vielfach geleistet wird. Es ist bedenklich, daß die Völker der slavischen Rasse schon bei der Geburt ihrer staatlichen Selbständigkeit vom Krieges- und Kampfeswillen befeuert sind. Die Weltentfernung von Paris werden über die Unhaltbarkeit und Unmöglichkeit ihrer Schöpfung noch allerlei Lehren empfangen. Der Friede wird nichts anderes sein als eine neue Auflage des Völkereuroas. Mit neuen unlabaren Weiden wird Europa zahlen müssen, was Sak und politischer Imperialismus in Versailles unter der öffentlichen Maske Wilsons, Lloyd Georges und Clemenceaus geschaffen haben.

Zur Ausfertigung des Friedensvertrags.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 28. Juli. (Wolff.) Unter dem Vorherrsche des Ministerpräsidenten und im Geiste des Ministers des Meubers, des Reichsarbeitsministers, sowie von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums, die gestern in Weimar eine Besprechung stattgefunden über die in Versailles fortzusetzen Verhandlungen über die Ausfertigung des Friedensvertrags, insbesondere über den Wiederaufbau Nordfrankreichs. Der Führer der Friedensdelegation in Versailles, Herr v. Versner, und die Geheimräte Schmitt und Lefebvre, die zur mündlichen Berichterstattung von Versailles auf kurze Zeit nach Deutschland gekommen sind, erläuterten eingehenden Bericht über den Stand der Verhandlungen.

Funkendienst Nauen—Weimar.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. Juli. (Wolff.) Zwischen Nauen und der amerikanischen Funkstation Weimar wird ein Funkdienst eröffnet werden. Das Wort sollte bis zur ersten amerikanischen Rone (Nework) 3.50 M. bis zur achten Rone 7.50 M. für die Presse betragen der Preis durchschnittlich 1.70 M. Vorläufig können für die Presse uncafehr 500 Wörter freigegeben werden. Da alle unsere Presse- und Telegramme der Kabel nach wie vor durch die englische Kontrolle verhindert oder verzerrt werden können, so erhebt der Funkdienst als die einzige unbehinderte Nachrichtenvermittlung. Unsere Funktelegramme, die drei Monate nach der Ratifizierung ganz frei sein werden, werden über Neuseeland abgeführt.

Die Wahlen in Esch-Lothringen.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 28. Juli. (Wolff.) Die französische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Wahlen in Esch-Lothringen durch seine Kriegspolizei ins Unrecht gesetzt hat, so daß die Bekämpfung der Revolutionskräfte jetzt verhängnisvoll gelähmt wird. Immer wird auch der Schmerz neu, wenn man einen Erzberger Verfallsstürme entfehlen sieht. Dieser Mann lebt so recht von den Dummdheiten und Fehlern seiner Gegner. Er betonte gestern zunächst noch einmal die Bedeutung des Briefes des Münchener Runtus als englischen Friedensfühler, der durch die deutsche Antwort aber in sein Gegenteil verkehrt worden sei, d. h. den feindlichen Kriegswillen verhärtet habe. Aus dieser Verbitterung heraus haben die Gegner später auch nicht auf die Papinote geantwortet. Aber freilich, Michaelis erklärt jetzt, er habe die vatikanische Vermittlungsaktion nicht für auslöslich gehalten. Den von der Rechten und einem großen Teil der Presse gegen ihn erhobenen Vorwurf, daß er wider sein besseres Wissen erhebt und nicht schon früher geredet habe, suchte er gestern mit dem Hinweis zu begegnen, daß er doch eben den Wortlaut der betreffenden Briefe auch nicht früher gefaßt, außerdem aber in Berlin wie in München sein Ehrenwort, zu schweigen, gegeben habe. Große Bewegung entstand dann noch, als er Äußerungen seines Todfeindes Helfferich in der „Kreuzzeitung“, Stellen aus einem Telegrammwechsel zwischen diesem und Ludendorff gegenüberstellte, was allerdings die Beziehung einer konfuse Regierung von damals rechtfertigt.

Das deutsche Eigentum in Belgien.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 28. Juli. Der belgische Kriegsminister teilte, daß in Erwartung der Aufhebung der Renteur Anordnungen erteilt worden sind, damit die deutschen Staatsanwaltschaften, deren Eigentum unter Verwaltung stehen, deren Rechte ermittelt werden, mit ihren Anwaltsverwaltern zu korrespondieren.

Denins Beglückungspäne.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Berlin, 28. Juli. Der Sonderkorrespondent der „Nework World“ berichtet, daß Lenin zwei Pläne zur Ausbreitung der revolutionären Bewegung in Europa entwirft: 1. Anknüpfung eines Generalstreikes in allen Ländern, 2. die Bewegung in Russland und Ungarn so zu kräftigen, daß dort stabile bolschewistische Regierungen entstehen können. Einweisen dürfte Lenin mit der Stabilisierung der russischen Zustände doch wohl gerne zu tun haben. (D. N.)

Rumänien gegen Ungarn.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Bukarest, 28. Juli. Das rumänische Pressebüro meldet: Der Generalsekretär des rumänischen Großen Hauptquartiers vom 27. Juli lautet: Offiziell: Nach der Klucht der amerikanischen Truppen über die Tschekischen Truppen die Verolana fort und eroberten den Brückenort Szolnok in der Linie Tiszaoff — Tiszaoldvar — Windiaent. Unter Vordringen zur Ueberdrehung der Thek wird erfolgreich fortgesetzt. Die Rahl der bisher gemachten Anknüpfungen und die Venae des erbeuteten Anknüpfungsgegenstandes sind nicht festzustellen. An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Tat, wie den Todschlag des Sergeanten Manheim treffen. Zu heftigem Widerspruch der Rechten gab natürlich eine scharfe Kritik der militärpolitischen Gesamtleitung Ludendorffs Anlaß. Lauter Weisfall erscholl dagegen bei der Mehrheit, als der Minister mit erhobener Stimme ansprach, daß Bismarck es niemals zu der unheilvollen feindlichen Koalition hätte kommen lassen, der wir erliegen sind, und auch jetzt wie 1870 es verstanden haben würde, sich die militärischen Halbheiten vom Leibe zu halten. Man muß es dem Minister Müller zugeben, daß er für seinen eigenen neuen Kurs in der auswärtigen Politik beständige Töne fand als am 22. Juli. Daß seine Worte für uns Deutsche heute auch sehr schmerzhaft sind, ist gewiss. Aber auch dies ist eben eine leidige Folge des verlorenen Krieges.

Die Konservativen waren schon seit Samstag auf der Suche nach einem neuen Kämpfer gegen Erzberger. Traub war im letzten Augenblick aus guten Gründen zurückgestellt worden, und man fand keinen Besseren als den harteßig polierenden Schulz-Brömberg. Ihm gelang es denn auch durch seine kräftigen Ausbrüche, mit der die Wichtigkeit aller Mitteilungen Erzbergers angewiesene, heftige Vorkämpfer hervorzurufen. In der Danziger stellte er seine Polemik auf die allerdings noch nicht sicher gelöste Frage ein, inwiefern die vatikanische Vermittlungsaktion 1917 wirklich eine Friedensmöglichkeit Englands verbürgte. Er sagte dann die Taktik des Herrn v. Graefe fort, indem er einzelne Zentrums- und freijümmige Abgeordnete nannte, die auch einmal anekdotische Äußerungen getan hätten. Von der Regierungssseite ist man aber jetzt zu ganzer Arbeit entschlossen. Der Ministerpräsident Bauer selbst brachte neue Dokumente. Nachdem er seine Politik erst noch kurz gegen Haase verteidigt hatte, ging er auf die Gründe ein, warum 1917 Michaelis keine offene Erklärung über Belgien geben wollte und auch nicht geben konnte. Sie liegen zutage in einem Briefwechsel zwischen Michaelis, Hindenburg und Ludendorff. Die führenden Kreise Deutschlands konnten sich damals eben von Möglichkeiten und Forderungen, die sich auf den praktischen Besitz Belgiens, seine Bodenschätze und seiner Industrie bezogen, nicht trennen, deren Erfüllung aber durch die militärische wie politische Gesamtlage unmöglich gemacht wurde und die andererseits von den Gegnern unter keinen Umständen auch nur in der Erwägung gezogen worden wären. Der Ministerpräsident hielt im allgemeinen seinen sachlichen Ton auch gestern bei. Die immer wiederkehrenden Zwischenrufe der Rechten werden aber sein Temperament und es trug ihm denn auch den lauten Beifall der Mehrheit ein, wenn er mit erhobener Stimme erklärte, die neue Regierung werde eben nicht die Sünden der alten auf sich nehmen, und wenn er in durchaus würdiger Weise die Kaiserfrage an den Staatsgerichtshof verwies oder an das Treiben der Vaterlandspartei erinnerte.

Immer wieder mußte derjenige, der grundsätzlich den schnellen Aufstieg der Sozialdemokratie beklagt, zugleich bedauern, wie sehr sich der große Teil des Bürgertums durch seine Kriegspolizei ins Unrecht gesetzt hat, so daß die Bekämpfung der Revolutionskräfte jetzt verhängnisvoll gelähmt wird. Immer wird auch der Schmerz neu, wenn man einen Erzberger Verfallsstürme entfehlen sieht. Dieser Mann lebt so recht von den Dummdheiten und Fehlern seiner Gegner. Er betonte gestern zunächst noch einmal die Bedeutung des Briefes des Münchener Runtus als englischen Friedensfühler, der durch die deutsche Antwort aber in sein Gegenteil verkehrt worden sei, d. h. den feindlichen Kriegswillen verhärtet habe. Aus dieser Verbitterung heraus haben die Gegner später auch nicht auf die Papinote geantwortet. Aber freilich, Michaelis erklärt jetzt, er habe die vatikanische Vermittlungsaktion nicht für auslöslich gehalten. Den von der Rechten und einem großen Teil der Presse gegen ihn erhobenen Vorwurf, daß er wider sein besseres Wissen erhebt und nicht schon früher geredet habe, suchte er gestern mit dem Hinweis zu begegnen, daß er doch eben den Wortlaut der betreffenden Briefe auch nicht früher gefaßt, außerdem aber in Berlin wie in München sein Ehrenwort, zu schweigen, gegeben habe. Große Bewegung entstand dann noch, als er Äußerungen seines Todfeindes Helfferich in der „Kreuzzeitung“, Stellen aus einem Telegrammwechsel zwischen diesem und Ludendorff gegenüberstellte, was allerdings die Beziehung einer konfuse Regierung von damals rechtfertigt.

Später nahm noch der preussische Landwirtschaftsminister Braun das Wort, um noch einmal seine Stellung im letzten pommerischen Landarbeiterstreik zu rechtfertigen und zugleich wieder die geheime monarchistische gegenrevolutionäre Bewegung der pommerischen Agrarier anzugreifen.

Die Beratung wurde schließlich auf heute vertagt. Der Präsident ermahnte noch einmal die möglichster Kürze in allen Reden, damit die dringend notwendige Erholungsperiode in der nächsten Woche eintreten könne. Für die nächsten Tage gehen die Gewalttätigkeiten vor, und nachmittags weiter.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht)

W. Weimar, 28. Juli.

Eröffnung der Sitzung am 29. Juli. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgem. politischen Aussprache über die Erklärungen der Regierung.

Hg. Löbe (Soz.) wiederholt den Antrag den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof mit der allgemeinen politischen Aussprache zu verbinden. Hg. Schult-Bromberg (D.N.) erhebt dagegen Einspruch.

Hg. Kaufmann (Dem.) stimmt dem Antrage Löbe zu. Der Antrag Löbe wird mit großer Mehrheit angenommen.

Reichsminister Dr. Davio: Die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges, nach der Verantwortung für seine Verlängerung und für seinen Verlust bewegt heute alle Teile unseres Volkes auf tiefste und deshalb hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß der Entwurf eines Staatsgerichtshofgesetzes so rasch wie möglich verabschiedet wird. Es liegt ein Antrag hierzu vor, der darauf hinausgeht, den Entwurf völlig zu verbessern. (Hr. Schult-Bromberg: „Unmöglich zu erhalten.“) Die Kritik von Professoren in politischen Dingen ist im Kriege noch tiefer gefahren als unsere Valente. (Sehr laut lachen) und nachdem, was wir von politischer Objektivität von politisch gekleideten Juristen erlebt haben, besteht auch nicht das Verlangen, daß das Volk ihnen ein besonderes Vertrauen entgegenbringt. Der im Entwurfe vorgesehene parlamentarische Ausschuss von Mitgliedern aller Parteien ist die Hauptentscheidung für die objektive Feststellung von Tatsachen, mit der jede Partei Kontrolle ausüben kann. Dazu tritt dann als zweite Instanz der Staatsgerichtshof. Nach der Abschließung haben ein Interesse daran, daß ein solcher Staatsgerichtshof eingerichtet wird. Er gewährt ihnen einen gewissen Schutz gegen den Zugriff eines einseitig zusammengesetzten Entschuldigungsorgans. Die Reichsregierung wünscht nur Wahrheit und Gerechtigkeit nach allen Seiten. Ein Antrag Löbe mündlich die Veröffentlichung aller der Regierung bekannten Geheimdokumente. Die Regierung hat zu erklären, daß eine Veröffentlichung aller dieser Dokumente in unbedingtem Ausmaß vorzuziehen ist. Die den Waffenstillstand betreffenden Teile werden schon in der nächsten Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet und auch die den Kriegsausbruch betreffenden werden schon in aller Kürze in Druck gegeben werden. Die volle Wahrheit, die auf diese Weise an den Tag kommen wird, mag für einzelne kümmerlich und folgenreicher sein, der Gesamtheit des Volkes wird sie zum Segen gereichen.

Hg. Dr. Götthel (Dem.): Unbestreitbar hat der letzte Träger der Kaiserkrone unsere Beziehungen zum Ausland mehr gefährdet als geholfen infolge seines Mangels der Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten und weil er sich stets auf die Seite der Reichspolitiker geschlagen hat. Er trägt einen wesentlichen Teil der Schuld an unserem Unglück. Wir erklären in der Wiederherstellung der Monarchie die schwerste Gefahr nach innen und nach außen und verzichten deshalb auf das schärfste die republikanische Staatsform. (Langanhaltendes, lautes Beifallen) Die Württembergers aber die Republikane haben uns alle erschreckt. Wir halten es aber für unbedingt notwendig, daß uns auch die englische Note an den Papst, die Minister Erbsberger nicht mitgeteilt hat, nicht unbekanntgeblieben wird. Die Verantwortlichkeit der Gernischen Verträge durch Erbsberger an den anderen Parteivorstand halten wir für bedenklich. Aber wenn eine Begründung des Gesetzentwurfes über den Staatsgerichtshof notwendig wäre, dann wäre sie gegeben durch den genannten Bericht und nun müßten wir hören, daß dieser Bericht keinen Eindruck gemacht habe. Das ist ein Zeugnis vollständiger politischer Unfähigkeit. Die Verhandlung des Krieges im Jahre 1917 hätten uns 500 000 bis 600 000 unserer besten Söhne gespart. (Begegnung) Es kommt hinzu, daß nicht erst im Herbst 1917, sondern schon Ende 1916 und Anfang 1917 eine noch günstigere Friedensgelegenheit gegeben war. Aber Wilson erhielt durch uns einen Schlag ins Gesicht durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Die Entscheidung hierüber ist in einer Ratifizierung vom 18. Januar 1917 gefallen unter Abwesenheit Besmann-Hollweg und des Staatssekretärs des Auswärtigen. Und die Mehrheit des Reichstages hat hier eine Willkür. Im Staatsratsschreiben ist auf Antrag Erbsberger beschlossen worden, die Entscheidung über den U-Bootkrieg als rein militärische Frage allein durch die militärische Gewalt vorzunehmen.

Minister des Auswärtigen Müller: Die Dokumente aus der Zeit des Kriegsausbruches sind im Druck. Es kann selbstverständlich nicht davon die Rede sein, daß Deutschland der Alleinschuldige ist, ebensowenig aber, daß die Zentralmächte schuldlos sind. Ich habe vernommen, daß die Note des Vintus und die Antwort des Reichskanzlers Michaelis festgelegt sind und in einem Wechselschreiben unterzeichnet werden. Für heute nur festgelegt: Das Schreiben des Vintus ist, wie wir inzwischen festgelegt haben, erst am 5. September in Berlin eingetroffen. Die Frage der englischen Regierung war als Anlage diesem Schreiben beigegeben. Der Minister verliest das Schreiben und fährt fort: Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die deutsche Frage das Kernproblem der Friedensfrage war. Dreierlei stelle ich fest: 1. daß der Reichskanzler Michaelis den Parteiführern von der Note Michaelis und dem englischen Friedensangebot nichts mitgeteilt hat. 2. daß der Parteiführer die Abgabe einer präzisen Erklärung über Belgien verschob wurde, und 3. daß die Antwort Michaelis genau das Gegenteil einer deutschen präzisen Erklärung war. Im Falle des Gegenpartes Wintus wende ich mich gegen die Feststellung der Note von 1. Million Franken durch die Stadt Berlin, auch heute noch, obwohl die französische Regierung erklärt hat, sie werde das Geld dem Notenstreik zur Verfügung stellen. Wir erkennen die Forderung nicht als berechtigt an. Heber die Vorgänge, die zur Ermordung Martheins führten, ist eine Untersuchung im Gange, deren Ergebnis wir abwarten. Ich bin entgegen der Behauptung meiner Gegner dem Völkerverbund nicht nachgelassen. Ich habe ausdrücklich festgelegt, daß der Völkerverbund ein Bund der Kriegskriegsleute ist. Ich habe allerdings an den Völkerverbund appelliert, denn darin erblicke ich die einzige Hoffnung für die Notwendigkeit der Revision des Vertrages. Ich werde meine Politik entsprechend meiner Programmrede weiterführen, solange ich das Vertrauen der Mehrheit des Hauses hinter mich weiß.

Demokratischer Frauentag.

Am Freitag den 18. Juli, vormittags 10 Uhr, begann in der Pfaffenwiese in Weimar die erste Tagung demokratischer Frauen Deutschlands, die von etwa 200 Vertreterinnen aus allen Ländern Deutschlands sowie einer großen Zahl Besucherinnen und Zuhörern besucht war.

Von besonderer Bedeutung war der Vortrag von Dr. Marie Baum, M. D. N., über die politischen Aufgaben der Frauen nach dem Friedensschluß. Wir entnehmen der Rede folgende Grundgedanken: Der nationale und soziale Gedanke, der einst der Schlachtruf der national-sozialen Partei gewesen ist, muß auch den Wiederbau Deutschlands beherrschen. Das Nationalbewußtsein jedoch muß erweitert und ergant werden durch den Völkerverbundgedanken. Vor

100 Jahren haben die Frauen das nationale Empfinden der Männer neu entdeckt, heute sei es ihre höchste Pflicht, die nationale Begeisterung zu erhalten und zu vertiefen, indem sie den Gedanken nicht aufgeben, daß es möglich sein muß, auf friedlichem Wege durch den Völkerverbund die abgetretenen Völker dem Deutschen Reich zu erhalten und wiederzugeben. Die abgetretenen Völker müssen unsere Liebe empfinden und müssen sich ebenfalls als untrennbar zu uns geföhrt betrachten. Der dem sozialen Wiederbau unseres Vaterlandes dienend mit uns fortfragen: Woher sollen wir Kraft und Mut zur Nationalbegeisterung nehmen? Deutschland liegt in Trümmern, ist bekrümelt, gemüht. Es ist hungernd, ein Hungerkranke. Ob wir den Andern dieses kranken Leibes Körpers wieder frisches rotes Blut werden aufstecken können, hängt ab vom Grad des politischen Willens. Die Frau bringt in die Politik viel Frische und unerschöpfte Kraft. Das ist ein Vorzug. Aber es fehlt ihr die Kenntnis des Betriebes im Politischen. Die Frauen müssen sich auf ihre ureigenen Arbeiten in der Volksgemeinschaft bestimmen. Dann ging Frau Dr. Baum auf die Arbeiten der gewählten Frauen in den Parlamenten ein. Aus ihren Erfahrungen zog sie den Schluß, daß es gewiß eine große Anzahl von Frauen geben wird, die mitarbeiten können bei der Formulierung der Gesetze. Ob aber das höchste Interesse der Frau bei der Formulierung der Gesetze läge, wäre eine andere Frage. Vielleicht ist den Frauen, mehr noch als die Gesetzgebung selbst, die Ausführung des Gesetzes, die Tat, gelegen. Daher müßten die Frauen in der Verwirklichung des Gesetzes. Die Frauen müßten als Staatsbürgerinnen tätig sein in dem Amtsbereich, das bis hieher. Nur wenige Frauen könnten in den Parlamenten mitwirken. In der sozialen Arbeit für die Allgemeinheit hätten unendlich viele Frauen Platz. Bei den außerordentlich schweren Problemen Kapitalismus und Sozialismus müßten die Frauen eine klare Stellung nehmen. Auch die Frauen müßten auf der Ansicht gelangen, daß ein richtiges Unternehmertum und Unternehmertum für unser Wirtschaftsleben notwendig ist. Aber die Führer auf dem wirtschaftlichen Gebiet dürften die Früchte ihrer Tätigkeit nicht allein ausnützlich machen. Sie hätten Mühe zu nehmen auf ihre Helfer. Eine Demokratisierung der Betriebe ist notwendig. Die Führer der Unternehmung müssen unbedingt von Vertrauen ihrer Mitarbeiter getragen sein. Der Satz: „Ich bin Herr im Hause“ dürfte für den Unternehmer nicht mehr Geltung haben. Der Unternehmer müßte sich solcher nicht sein, sondern die Arbeiter müßten sich für ihn einsetzen. Aber auch die in dem Unternehmen beschäftigten Arbeiter müßten einen Teil des Volksgutes bilden, die Erzeugung der Güter müßte dem Volk sein.

Nach der Erstattung des Geschäftsberichts kam ein Antrag von Frauen Dr. Bernhardt, in dem sie sich für die Frauenarbeit im Rahmen der Deutschen Demokratischen Partei aussprachen. Sie führten aus, daß wenn wir Organisationsformen für unsere Arbeit suchen, uns selbstverständlich der Inhalt dieser Arbeit die leitenden Gesichtspunkte geben muß. Die dringenden Grundgedanken unserer revolutionären Zeit bewegen auch uns. Wir wollen alle Glieder unserer demokratischen Gemeinschaft auf lebendigen Anteilnahme zum Staatsbau heranziehen. Da die Wegzahl der Frauen vorläufig noch einer besonderen Förderung und Schirmung für die gemeinsame Arbeit bedarf und nur in Ausnahmefällen die Initiative hierfür von den Männern ausgehen wird, so sind neben die gemeinsamen Organisations- und politische Einrichtungen zur Werbung und politischen Schulung der Frauen zu stellen. Es handelt sich darum, die Frauen von der eigenen Verantwortung für die Kultur- und Sozialpolitik zur allgemeinen Politik zu führen. Wichtig ist es auch, die einzelnen Berufsstände herauszuheben.

Am Morgen des Bundes deutscher demokratischer Jugendvereine richtete die Vorsitzende, Frau Ina Friedländer, die Bitte an die Versammlung, die Jugendorganisationen zu fördern, indem überall dort, wo noch keine besonderen Jugendorganisationen bestehen, die Frauen sich mit Gleichgesinnten zusammenschließen, um die Gründung von Jugendgruppen zu unterstützen und den schon bestehenden Jugendorganisationen ihre Söhne und Töchter, ihre Freunde und Freundinnen zuzuföhren. Nachdem von verschiedenen Seiten die Wichtigkeit der Jugendorganisationen betont worden war, wurde beschlossen, dem Bund deutscher demokratischer Jugendvereine in Anerkennung und Würdigung seiner hohen Ziele die Sympathie der Frauenorganisation auszusprechen.

Berkeleertag der Deutsch-Demokratischen Partei Württembergs.

(Von unserem Stuttgarter Korrespondenten.)

X Stuttgart, 28. Juli. Die Deutsch-Demokratische Partei des Landes hielt, wie bereits gestern kurz gemeldet, am Samstag und Sonntag ihren Vertretertag unter Leitung des stellv. Vorsitzenden des Hauptauschusses, des Ministers Baumann. Die Partei ist jetzt (Hohenzollern ist in der württembergischen Partei eingeschlossen) in 24 Ortsvereinen mit 50 589 Mitgliedern zusammengeschlossen; dazu kommen 88 Frauengruppen, 18 Jugendvereine, 30 Weingärtner- und 46 Bauernvereine. Die eine Hauptaufgabe der Tagung war die Schaffung der Leitung dieser Organisation, dabei wurde der Wg. der Nationalversammlung, K. Kaufmann, zum ersten, der Wg. des Landtags, Regierungs-Direktor Dr. v. Heber zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Weiter wurde der Landesauschuss gewählt, sowie 4 Vertreter der Partei im geschäftsführenden Ausschuss in Berlin. Letztere sind Kaufmann, der Schriftsteller Dr. Theodor Heß, die Landtagsabgeordnete S. G. Vaher und Mathilde Blum. Die politische Aussprache hatte als Mittelpunkt die Berichte des Landtagsabg. Dr. von Heber und des Wg. der Nationalversammlung Kaufmann. Die Aussprache gab eine erfreuliche Stimmung, insbesondere wurde der Zusammenhang der früheren Nationalsozialen Landesparteien und der fortwährenden Volkspartei von allen Beteiligten von beiden Seiten als durchaus bedenklich und in seinen Folgen günstig anerkannt. In Entschuldigungen wurde die Haltung der Landtagsfraktion und der Fraktion in der Nationalversammlung gebilligt und die letztere ermahnt, dazu beizutragen, daß das Kriegsnachkriegsrecht so bald als möglich verabschiedet und durchgeführt wird.

Badische Politik.

Die Besetzung der Beamtenstellen.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 17. Juni d. J. beschlossen, daß den mit dem Hinweis auf § 11 Abs. 2 der Verfassung gestellten Forderungen der unteren Beamten auf Beförderung in mittlere Stellen und der mittleren Beamten auf Beförderung in obere Beamtenstellen in bestimmten Einzelfällen, insofern angängig, nachzugehen werden soll.

Unter den heutigen Verhältnissen und im Hinblick auf diesen Beschluß wird nachher, als es sich sonst ergeben ist, auf den Nachweis einer bestimmten Vorbildung und auf die Befreiung der Beförderungen verzichtet werden müssen. Da aber doch noch eine allgemeine Schranke bestehen bleiben muß und da, zur möglichsten Hintanhaltung von Beförderungen, einer allen verabschiedeten Beurteilung durch die einzelnen Behörden und Vorgesetzten entgegengebracht werden sollte, wird es sich empfehlen, Richtlinien für das einseitige und

Verfahren aufzustellen. Das Ministerium der Finanzen macht hierzu folgende Vorschläge:

a) Jede mittlere Beamtenstelle, die von einem normal befähigten unteren Beamten besetzt werden kann, ist in eine untere Beamtenstelle umzuwandeln.

b) Ist die Umwandlung der Stelle nach Absatz a nicht angängig, so kann ein unterer Beamter auf dieser Stelle zum mittleren Beamten befördert werden unter der Voraussetzung, daß er seine besondere Befähigung, Pünktlichkeit und Verbindlichkeit zur Wahrnehmung einer mittleren Beamtenstelle in jeder Hinsicht bewiesen hat. Dieser Nachweis gilt nicht schon dadurch als erbracht, daß der Beamte vorübergehend — während des Urlaubs, einer Erkrankung oder dergl. — die Geschäfte eines mittleren Beamten zur Zufriedenheit seines Vorgesetzten besorgt hat. Er soll auch dann noch nicht als erbracht gelten, wenn der Beamte immer dieselbe Stelle längere Zeit hindurch zufriedenstellend besetzt hat. Die Beförderung des Beamten darf nur ausgesprochen werden, wenn er wolle. Er wird aber nicht befördert, wenn er die Stelle, die ein normal befähigter mittlerer Beamter zu besetzen hat, zufriedenstellend auszuföhren. Der Nachweis muß durch eine mindestens einjährige praktische Erprobung des Beamten, und zwar in der Regel auf mehreren mittleren Beamtenstellen erbracht werden.

c) Entsprechendes gilt auch für den mittleren Beamten, dem eine obere Beamtenstelle übertragen werden soll.

d) Vereinzigte Interessen der mittleren und oberen Beamten dürfen durch solche Bestimmungen nicht beeinträchtigt werden.

Zur Besetzung der Hauptlehrerstellen.

Man schreibt uns aus Karlsruhe: In § 50 des Schulgesetzes wird bestimmt, daß erledigte Hauptlehrerstellen im allgemeinen zur Vergebung ausgeschrieben werden. Vor der endgültigen Vergebung ist der Ortsschulbehörde Gelegenheit zu geben, ihre etwaigen Bedenken oder besondere Wünsche zu äußern. Auch hat das Kreisamt die Bewerberliste nach Auswertung der Ortsschulbehörde dem Bezirksamt zu unterbreiten. In der hiesigen Lehrerschaft wird nun dringend gewünscht, daß sofort nach Erledigung einer Stelle das Ausschreiben zur Vergebung erfolge. Es sind zurzeit über 2500 unrichtige Lehrer und Lehrerinnen vorhanden, und bei dem ungünstigen Einfluß des Krieges auf die Schulen erscheint es unendlich, die Hauptlehrerstellen erst nach einige Monate einem „Schulbewerber“ zur Vergebung zu überlassen. Darum sollten die durch Zurücksetzung der älteren Lehrer im Herbst freizumachenden Hauptlehrerstellen jetzt schon ausgeschrieben werden. Weiter ist nicht einzusehen, weshalb die Bewerberliste dem Bezirksamt vorgelegt werden muß, da dieses sich in der Sache nicht äußern kann, sondern nur die Besetzung der Stellen zu beantragen hat. Auch wird das ganze Verfahren nur unnötig verlangsamt und unnötige Schreib- und Verwaltungsarbeiten veranlaßt. Kreisamt und Unterrichtsministerium sind allein die berufenen Stellen, die Interessen der Schule und der Lehrer zu wahren. Was die Bedenken und Wünsche der Ortsschulbehörden betrifft, so lehnt die Erziehung, daß die oft nichts weniger als sachlichen Wünsche und Bedenken der Gemeinden, die nicht selten von Gelehrten noch frischen und politischen Rücksichten oder von Verwandten und Bekannten der Bewerber veranlaßt werden, denn doch eine zu häufige Berücksichtigung finden. Das hat schon zu recht eindringlichen Beschwerden geführt. In der Lehrerschaft wird deshalb gewünscht, daß das Unterrichtsministerium, bis durch das neue Schulgesetz die Wahrung der Gemeinden bei der Vergebung der Hauptlehrerstellen ganz beseitigt wird, unter Berücksichtigung der Schulverhältnisse die erledigten Stellen nur jenen Bewerbern übertragen wolle, die nach Dienstalter, Dienstleistung und Dienstführung den größten Anspruch darauf erheben können. Diesen Wünschen hat jetzt der Vorstand des Badischen Lehrervereins in einer Eingabe an das Unterrichtsministerium Ausdruck gegeben. Er bittet darin die oberste Schulbehörde, die Vorschriften über das Verfahren bei Vergebung von Hauptlehrerstellen mit unrichtiger Berücksichtigung einer Neuordnung zu unterziehen und darauf bedacht zu sein, das Verfahren bei der Vergebung möglichst zu beschleunigen (sorgfältiges Ausschreiben, insbesondere auch rechtzeitiges Ausschreiben der durch Zurücksetzung der Bewerber zu erledigenden Stellen, genaues Einhalten der vorgeschriebenen Fristen, Ausschluss der Bezirksämter), 2. bei der Vergebung von Hauptlehrerstellen neben der Rücksicht auf die Schule nur das Dienstalter, die Dienstleistung und die Dienstführung der Bewerber auszusprechen sein zu lassen und insbesondere die Wünsche und Bedenken der Gemeinden, solange sie nach dem Schulgesetz noch erhoben werden müssen, nur dann zu berücksichtigen, wenn sie rein sachlich begründet und selbstig von der Pflege für die Schule eingeleitet sind, 3. das Schreibverfahren bei den Bewerbungen um erledigte Hauptlehrerstellen möglichst bald zu vereinfachen.

Die neuen Direktoren der höheren Schulen.

Bericht wurde Direktor Dr. Rudolf Schmidt vom Gymnasium in Offenburg an das Kreisoberstudienamt in Freiburg. Zu Direktoren wurden ernannt an den Gymnasien: in Durlach Prof. Dr. Aug. Marx vom Gymnasium in Karlsruhe, in Weiskirchen Prof. Dr. Ana. Gauszahl vom Gymnasium in Heidelberg, in Lössach Direktor Richard Sennehal am Realprogymnasium Mosbach und in Rauberhalden Prof. Dr. Josef Länale vom Kreisoberstudienamt in Freiburg. Weiterhin wurden ernannt: die Direktoren Karl Lana in Offenburg an die Oberrealschule in Wörthheim und Dr. Karl Ott an die Oberrealschule in Karlsruhe. Ferner wurden ernannt: der Direktor der Realschule in Karlsruhe Robert Buxer zum Direktor der Karlsruher Humboldtschule und der Direktor der höheren Mädchenschule in Offenburg Josef Weber zum Direktor der Oberrealschule in Baden.

Sitzung des Bürgerausschusses.

Zum ersten Mal nach den Gemeindevorwahlen trat gestern nachmittag der Bürgerausschuß zu einer Sitzung zusammen, der eine sehr umfangreiche, nicht weniger als 28 Punkte umfassende Tagesordnung zugrunde gelegt war. Man kann sagen, daß das städtische Kollegium ein ganz neues Gesicht zeigt, nicht allein weil nun zum ersten Mal auch die Frauen auf den Wahlen der Stadtverordneten erschienen sind, sondern auch, weil von den früheren Mitgliedern nur noch wenige zu sehen sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung sollte Oberbürgermeister Siegrist an das Kollegium die Frage, ob es sich dem Wunsche des Stadtrats anschließen, daß er die Geschäfte weiterführe und somit auch die Sitzung leite. Nach den bestehenden Gesetzesbestimmungen sei er dazu verpflichtet.

Stadtr. Dr. Bernauer (Soz.) ersucht den Oberbürgermeister die Sitzung zu leiten und spricht ihm für seine im Dienste der Stadt geleistete Tätigkeit Dank aus. Der Redner knüpft an seine Ausführungen die Bitte, den Bürgerausschuß in kurzen Zwischenräumen zusammenzurufen, um ihm keine so umfangreiche Tagesordnung zur Erledigung in einer Sitzung zuzumuten.

Der Vorsitzende schlägt eine Teilung der Tagesordnung und die Zurückstellung der nicht dringlichen Fragen für die nächste Sitzung vor, die in absehbarer Zeit abgehalten werden muß und sich vor allem mit der Ausgleichsfrage für die städtischen

Beamten und der Aufbringung des Aufwands hierfür in Höhe von 3,6 Millionen zu befassen haben wird.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde der Vorlage der

Berichtigung des Ehrenbürgerrechts an Altmeyer Hans Thoma

einstimmig und debattelos zugestimmt. Eine längere Aussprache knüpfte sich an die Theaterfrage.

Oberbürgermeister Siegrist verwies auf die von dem Aufgabendirektor der Zuschussleistung der Stadt bei Betriebseinrichtung durch den Kassenmangel. Die Kohlenversorgung werde in kommenden Winter außerordentlich schwierig werden; es sei fraglich, ob man die Schulen heizt könnte. Würden hierzu die Kohlen nicht ausreichen, dann dürfe man die nicht für Theater, Koncerte, Feste usw. verwenden. Ob der Zuschuss der Stadt für das Theater an den Staat zu leisten ist, wenn keine Fortschritte infolge Kohlenmangels gezeichnet werden müssen, sei eine außerordentlich schwierige Frage. Der Stadtrat habe in diesem Falle einen ablehnenden Standpunkt eingenommen.

Da die Fraktionen infolge späten Eingangs der Vorlage keine Gelegenheit hatten, sich über diese Frage, die in § 8 der Vereinbarung zwischen Stadt und Staat über den Betrieb des Landstheateres niedergelegt ist, zu beraten, wurde die Sitzung einige Zeit ausgesetzt, während der sich die Fraktionen schüßig machten.

In der dann beginnenden Theaterdebatte erhielt zunächst der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Stadtr. Rothweiler, das Wort, der ausführte: Die vorliegende Vorlage darf nicht allein vom finanziellen Standpunkt betrachtet werden, sonst müßte man zu einer ablehnenden Haltung kommen. Aufgabe des Staates ist es, Kunst und Kultur zu fördern. In seiner schwierigen Lage muß ihm jetzt die Stadt helfen. Die Haltung mancher Landtagsabgeordneten war kleinlich und zu sehr von Parteipartikularinteressen geleitet. Der gemeinsame Betrieb in den nächsten 6 Jahren wird reichlich Gelegenheit geben, Erfahrungen zu sammeln. Wenn das Theater mit Kohlen versorgt wird, so darf auf keinen Fall die Kohlenversorgung der Bevölkerung darunter leiden. Das Theater ist auf eine breitere, volkswirtschaftliche Grundlage zu stellen, es sind mehr Volksvorstellungen zu geben.

Stadtr. Dr. Bernauer erklärte im Namen der Zentrumsfraktion, daß sich diese auf den § 8 der Vereinbarung stelle und somit die Zahlung eines Zuschusses ablehne, wenn durch Kohlenmangel der Theaterbetrieb eingestellt werden muß. Seine Fraktion betrachte die ganze Angelegenheit zunächst vom finanziellen Standpunkt aus und müsse auch fragen, wie die gewählten Mittel dafür aufgebracht werden können. Das ganze Land habe ein Interesse daran, daß in den Städten eine gute Theaterkunst getrieben wird und die Bevölkerung nicht gezwungen sei, kleine Bänkelsänger usw. zu besuchen. Man habe keinen Anlaß, weiter zu gehen, als es der Stadtrat getan hat.

Stadtr. Moninger (Dem.) führte aus, man müsse auf die außerordentlichen finanziellen Lagen der Stadt Rücksicht nehmen. Die demokratische Fraktion werde dem Antrag des Stadtrats zustimmen.

Stadtr. Gisinger (D.N.) bedauert, daß Regierung und Landtag auf die finanziellen Leistungen der Landeshauptstadt keine Rücksicht genommen hätten. Der Staat habe die seitigeren Verpflichtungen der Großherzoglichen Zivilliste übernommen und müsse sie somit auch tragen. Der Staat habe sein mögliches beizutragen, daß das Theater auch bleiben könne.

Stadtr. Dietrich (H. S.) bedauert die Haltung des Landtags, die eine Klause sei. Nachdem man für den Großherzog 8 Millionen bewilligt habe, wolle man bei 200 000 M. mit dem Sparen anfangen.

Stadtr. Neumann (Dem.) bringt folgenden Abänderungsantrag ein: „Die Vereinbarung hat zur selbstverständlichen Voraussetzung, daß die früheren Umstände der Winterbetrieb des Theaters überhaupt zulasse. Der städtische Zuschuß ist im Spieljahr 1919/20 für den Zeitraum, während dessen infolge höherer Gewalt, Kohlenmangel usw., die Spielzeit unterbrochen werden muß, nicht zu zahlen.“

Stadtr. Sturm (Soz.) wünscht, daß die Stadt Baden-Baden, ebenso die Nachbarstädte Durlach, Forstheim und Bruchsal, die aus dem Karlsruher Theater Vorteile ziehen, auch Zuschüsse leisten.

Nach weiterer Beratung, die keine neuen Gesichtspunkte brachte, wurde zur Abstimmung geschritten. Der demokratische Antrag wurde abgelehnt und der Antrag des Stadtrats einstimmig angenommen. Der § 8 der Vereinbarung erhielt dabei folgende Fassung: „Die Vereinbarung hat zur selbstverständlichen Voraussetzung, daß die früheren Umstände den Winterbetrieb des Theaters überhaupt zulassen. Der städtische Zuschuß wird daher für die Zeiträume nicht geleistet, während deren infolge höherer Gewalt (Kohlenmangel usw.) die regelmäßige Spielzeit unterbrochen werden muß.“ Damit war die Theaterfrage erledigt.

Im folgenden wurden kleinere Vorlagen erledigt. Der Antrag des Stadtrats, eigene Weidewerke unter selbstständigen hiesigen Architekten zur Gewinnung geeigneter Entwürfe für eine städtische Aufgabe (Straßen- und Platzgestaltung am Durlacher Tor, an der Kreuzung der Post- und Weinbrunnstraße, beim Zusammenfluß der Lames- und Gönzelsstraße und bei der Einmündung der Kriegstraße in die Poststraße) zu veranlassen, wurde debattelos einstimmig angenommen.

Bei der Vorlage über die Auflösung der Viktoriastraße über die Auflösung der Stadtgemeinde auf 5 Jahre für einen jährlichen Betrag von 14 800 M. gemietet und deren Einrichtungsgegenstände für 9000 M. angekauft werden sollen, wurde von dem Stadt-Vorstand G. Fren (Dem.) die Anregung gegeben, die Viktoriastraße nicht der städtische anzuschließen, wie das beabsichtigt ist. Auch Stadtr. Heßler (Dem.) äußerte sich im gleichen Sinne. Die Stadtr. Hermann (Dem.) und Gisinger (D.N.) treten für den Bau einer höheren Mädchenschule in der Offstadt ein. Die Vorlage wurde dann nach unmerklicher Debatte einstimmig angenommen.

Bei der Vorlage „Herstellung der Tullafstraße zwischen Gerwigstraße und Tullafstraße“ beantragte Stadtr. Hermann (Dem.) und Hall (Soz.) den Wunsch vor, die Straße bis zur Karl-Wilhelmstraße durchzuführen. Die Vorlage fand Genehmigung.

In dem nächsten Punkt der Tagesordnung über die

Herstellung von weiteren Kleinwohnhäusern auf dem Gelände der Tullafstraße wurde von dem Stadtratsordnungsamt folgende Anfrage gestellt: „Da es ausgeschlossen erscheint, der städtischen Wohnnot auf dem bisher eingekaufenen Gelände nur in einigermaßen befriedigender Weise zu heben, beantragt der Stadtratsordnungsamt einstimmig: 1. Die Ausführung weiterer Kleinwohnungen hinter der Tullafstraße nicht zu genehmigen, 2. Ein an Liegenschaft von 1,5 Mill. Mark zur Herstellung von Kleinwohnungen auf Verfügen zu stellen und 3. eine ausführlichere Art zu wählen, bei der mit diesem Antrag eine dreifache Zahl der nach der städtischen Vorlage in Aussicht genommenen Wohnungen erstellt werden kann.“

